

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 25. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/025/2011)

am Donnerstag, 10. November 2011,

18:00 Uhr

**im Stadtmuseum, Festsaal, 3. Etage,
Wilsdruffer Straße 2 (Eingang: Landhausstraße) , 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:45 Uhr

Anwesend:

Stellvertretender Vorsitzender

Franz-Josef Fischer

CDU-Fraktion

Monika Schiemann

Patrick Schreiber

Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

SPD-Fraktion

Cornelia Hähne

FDP-Fraktion

Jens-Uwe Zastrow

stimmberechtigte Mitglieder

Thomas Engel

Melanie Hörenz

Dr. Dirk Jordan

Peter Kühn

Thomas Pallutt

Christoph Stolte

beratende Mitglieder

Wolfgang Bec

Sabine Bibas

Markus Degenkolb

Christina Koch

Markus Laessing

Claus Lippmann

Erik Pietsch

Martin Seidel

Uwe Teich

Roland Wirlitsch

Stellvertretende Mitglieder

Anke Lietzmann

Vertretung für Herrn Jens Hoffsommer

Abwesend:

Vorsitzende
Helma Orosz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

beratende Mitglieder

Angelika Fischer
Valentina Marcenaro
Regina Thielmann
Kristina Winkler
Thomas Wünsche

Verwaltung:

Frau Jagdschian
Frau Hipke-Schulz
Frau Mamedowa
Frau Bühring
Frau Ulbricht
Herr Neumann
Herr Schöne
Frau Fritsch

Abteilungsleiterin Stadtratsangelegenheiten
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt - Jugendinfoservice
RB Zentrale Technische Dienste

Gäste:

Juliane Höhle
Marie Moselewski
Lena Siegel
Thorsten van Lil
Olaf Schubert
Sabine Wesener
André Schulze
Thorsten Deigweiher
Jens Richter
Andreas Borchert

TU Dresden
TU Dresden
TU Dresden
Jugendrotkreuz
KJH Insel LJBW e. V.
Unternehmen Kultur gGmbH
Treberhilfe Dresden e. V.
Treberhilfe Dresden e. V.
Treberhilfe Dresden e. V.
Jugendverein „Roter Baum e. V.“

Schriftführerin:

Sindy Gebhardt

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Kontrolle der Niederschrift vom 15.09.2011
- 2 Informationen/Fragestunde
- 3 Netzwerk für Frühprävention, Sozialisation und Familie
- 4 Neuwahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses Kindertagesbetreuung
- 5 Stand zur Umsetzung des Sanierungskonzeptes der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe
BE: Geschäftsbereich Finanzen und Liegenschaften
- 6 Fachthema: "Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit"
- 7 Berichte aus den Unterausschüssen

**V1063/11
beschließend**

Nicht öffentlich

- 8 Informationen

öffentlich

Einleitung:

Herr **Stadtrat Fischer** eröffnet und leitet als Ältester die 25. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Mitglieder, die Verwaltungsmitarbeiter/-innen sowie die Gäste. Die Einladung ist form- und fristgerecht zugegangen und die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Zur vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Einwände. Sie wird bestätigt (13/0/0).

1 Kontrolle der Niederschrift vom 15.09.2011

Zur öffentlichen Niederschrift des Jugendhilfeausschusses vom 15.09.2011 merkt Herr **Schreiber** an, dass die Meinungsäußerungen zum „Bunker“ (Seite 11) ausführlicher dargestellt werden sollen.

Weitere Bemerkungen gibt es nicht. Die vorliegende Niederschrift wird bestätigt.

Die Diskussionsbeiträge zum „Bunker“ werden der Niederschrift vom 15.09.2011 als Nachtrag beigefügt.

2 Informationen/Fragestunde

Informationen

Kindestötung

Herr **Lippmann** berichtet von einem bereits in dieser Woche in der Presse veröffentlichten Fall der Kindestötung in Dresden. Die Tatsache habe große Betroffenheit ausgelöst. Die junge Frau habe leider die zur Verfügung stehenden Dienste des Jugendamtes nie in Anspruch genommen. Weitere Einzelheiten zu diesem Fall werden aufgrund der noch laufenden Ermittlungen nicht bekanntgegeben.

Besuch Jugendhilfeausschuss Düsseldorf

Vom 8. - 9. Dezember 2011 besuche der Jugendhilfeausschuss Düsseldorf Dresden, erinnert Herr **Lippmann**. Derzeit erarbeite man noch gemeinsam mit Düsseldorf die Tagesordnung. Die Einladung werde dem Jugendhilfeausschuss per Mail zugesandt. Er lädt die Jugendhilfeausschussmitglieder Dresden herzlich ein.

Förderung der Träger der freien Jugendhilfe

Herr **Lippmann** informiert weiter, dass die Förderbescheide für 2012 weitestgehend fertiggestellt seien und im November 2011 zugestellt werden sollen.

Aktion eines Auszubildenden

Ein Auszubildender des Jugendamtes habe im schriftlichen Auftrag des Jugendamtes Objekte der freien Träger fotografiert, teilt Herr **Lippmann** mit. Laut diesem Auftrag sollten die Bilder den internen Zwecken des Jugendamtes dienen. Herr Lippmann hatte keine Kenntnis davon. Offensichtlich habe ein Übermittlungsfehler der zuständigen Abteilungsleiterin in ihre

Zuständigkeitsbereiche stattgefunden. Die freien Träger waren sehr verärgert und verunsichert. Die Bilder wurden alle gelöscht und der Vorfall blieb ohne Folgen für die Träger.

Projekt „Odessa“

Herr **Lippmann** informiert des Weiteren über die Weihnachtspäckchenaktion von „round table“ nach Odessa (Ukraine), welche einem Kinderheim zugute komme. Er verweist auf die schriftlich ausgereichte Information.

Pflegeeltern

Weiterführend setzt Herr **Lippmann** die Ausschussmitglieder davon in Kenntnis, dass es derzeit ca. 180 Pflegeeltern und etwa 220 Pflegekinder in Dresden gebe. Anhand der ausgereichten Postkarte sei die momentan laufende Aktion zu erkennen, in der Pflegeeltern gesucht werden. Demnächst erfolge ein Ergebnisbericht.

Fragerunde

Erlöse Wiener Straße

Frau **Hörenz** bedauert, dass die Verkaufserlöse der Wiener Straße nicht für die Sanierung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe eingesetzt werden, sondern in der Stadtkasse verbleiben. Aufgrund dessen werden einzelne Mitglieder des Jugendhilfeausschusses einen entsprechenden Antrag einbringen.

Bundeskinderschutzgesetz, Antrag Streetwork

Herr **Engel** bittet um eine Auflistung des fachlichen, organisatorischen und finanziellen Mehrbedarfs in der Jugendhilfe, welcher in Folge des Bundeskinderschutzgesetzes entstehe.

Bezüglich des Antrages zum Streetwork möchte er wissen, wann der vom Jugendhilfeausschuss geforderte Fachtag dazu stattfindet.

Im Februar 2012 sei ein großer Fachtag geplant, äußert Herr **Lippmann**. Das Bundeskinderschutzgesetz solle am 1. Januar 2012 in Kraft treten. Im Jugendamt habe sich seit 4 Monaten eine AG zusammengefunden, welche sich mit den möglichen Auswirkungen befasse. Zur nächsten Ausschusssitzung am 1. Dezember 2011 werde es eine Berichterstattung geben.

Fördermittel 2011

Herr **Schreiber** möchte wissen, ob in die Summe der nicht benötigten Fördermittel 2011 auch die im Begleitbeschluss zur Förderung 2012 (V1167/11) aufgeführten Mittel eingeflossen sind.

Kindertageseinrichtungen

Frau **Hähne** stellt Anfragen zu unterschiedlichen Kitas aufgrund der nicht rechtzeitigen Einbeziehung der Eltern bei den Maßnahmen.

Frau **Bibas** nimmt Stellung.

Schneckenhaus e. V. Prellerstraße

Es habe ein Gespräch unter Beteiligung von Herrn Engel und Herrn Stadtrat Hoffsommer stattgefunden. Der Wunsch des Trägers sei der Umzug auf die Prellerstraße 8. Aus Sicht der Verwaltung wäre eine Sanierung uneffektiv, da die Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen. Man habe zudem einen Umzug in die Spener Straße angelehnt. Bis 2018 könne das Schneckenhaus auf der Prellerstraße 6 bleiben.

Kitas Hauptstraße

Es werde gemeinsam entschieden, wie das Haus aussehen solle. Erst danach ergehe der Planungsauftrag an das Hochbauamt, betont sie. Die Beteiligten wurden nicht außer Acht gelassen und es werde auch keine Personalveränderungen geben.

Wilma

Ein Beschluss des Stadtrates besagte, dass die Eigentümer von Haus und Außenfläche unterschiedlich seien. Man habe sich darauf geeinigt, dass nach Abschluss der Sanierung alle Hortkinder in die 56. MS ziehen. Nun werde auch die Mittelschule saniert und danach ziehen die Kinder um. Sie stellt klar, dass eine Beteiligung der Eltern erfolge.

Herr **Schreiber** ergänzt hierzu die Befürchtungen der Eltern, dass durch die hohen Schülerzahlen die Räumlichkeiten in der 56. MS nicht ausreichen würden.

Es werde eigene Räume geben, sichert Frau **Bibas** zu. Auch die Außenflächen würden entsprechend gestaltet.

Moritzburger Weg

Es habe interne Verhandlungen mit dem künftigen Investor stattgefunden. Öffentliche Diskussionen würden die Preise nach oben treiben.

Öffentliche Toiletten

Frau **Lietzmann** kritisiert, dass man in der Turnhalle neben dem Scheunebereich, welche derzeit in Planung sei, keine öffentliche Toilette vorgesehen habe. Ein Betreiber wäre bereits vorhanden. Sie bittet um Engagement des Jugendamtes.

Mittagsversorgung nach § 3 AslybLG

Herr **Degenkolb** fordert eine Stellungnahme der Verwaltung bezüglich der Mittagsgeldermäßigung für Kinder und Jugendliche nach § 3 AslybLG. Die laufenden Anträge würden auf Eis liegen, bis ein Stadtratsbeschluss erfolge.

Es habe alles seine Richtigkeit, führt Herr **Bürgermeister Seidel** antwortend aus. Es habe Hinweise vom Rechtsamt gegeben, dass die Aufnahme einer freiwilligen Leistung für diesen Personenkreis in das Bildungs- und Teilhabepaket zwingend einen Stadtratsbeschluss voraussetze.

Eine entsprechende Vorlage befinde sich derzeit im Geschäftsbereichsumlauf. Darin habe man unter anderem die Bundesregierung aufgefordert, ab 2012 den Personenkreis gesetzlich mit zu regeln.

Auf die Anfragen von Herrn Engel zur Kita-Satzung und Bürgerarbeit legt er dar, dass das Rechtsamt zur Prüfung der Satzung beauftragt worden sei mit Frist 30.11.2011. Die Bescheide für die relevanten Träger im Bereich der Bürgerarbeit seien versandt worden.

Auf Anregung von Herrn Stadtrat Kießling wird der Hinweis des Rechtsamtes den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Weiteren Informationsbedarf gibt es nicht. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

3 Netzwerk für Frühprävention, Sozialisation und Familie**V1063/11
beschließend**

Zur Vorlage gibt es keinen Gesprächsbedarf. Herr **Stadtrat Fischer** stellt die Vorlage auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung zur Abstimmung. Danach wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Handlungsempfehlung zur Verstetigung und Weiterentwicklung des Netzwerkes für Frühprävention in Dresden-Gorbitz und zur Übertragung „Auf dem Weg zum Netzwerk für Frühprävention - das Dresdner Modell“ in Dresden-Prohlis und beauftragt den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen Dresden mit der Federführung bei der Umsetzung des Verstetigungs- und Übertragungskonzeptes.
2. Der Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen Dresden wird beauftragt, am Ende des Jahres 2012 dem Jugendhilfeausschuss einen Entwicklungsbericht von den beiden Stadträumen gemäß der Konzeptzielstellungen schriftlich vorzulegen sowie halbjährlich dem Unterausschuss Kindertageseinrichtungen über den aktuellen Stand der Umsetzung des Verstetigungs- und Übertragungskonzeptes des Netzwerkes zur Frühprävention zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 14

Nein 0

Enthaltung 0

4 Neuwahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses Kindertagesbetreuung

Einführend teilt Herr **Stadtrat Fischer** mit, dass Frau Hähne bereits zur letzten Sitzung ihr Einverständnis für den stellvertretenden Vorsitz des Unterausschusses Kindertagesbetreuung gegeben habe.

Weitere Vorschläge werden nicht eingebracht.

Das Gremium steht einem Einigungsverfahren nicht entgegen.

Frau Hähne wird mit 14 Ja / 0 Nein und 0 Enthaltungen zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses Kindertagesbetreuung.

5 Stand zur Umsetzung des Sanierungskonzeptes der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe BE: Geschäftsbereich Finanzen und Liegenschaften

Frau **Fritzs** berichtet über den aktuellen Bearbeitungsstand zur Umsetzung des Sanierungskonzeptes kommunaler Einrichtungen. Die Übersicht zur Fortschreibung für 2012 wurde allen Mitgliedern im Vorfeld zugestellt. Zusammenfassend sei zu sagen, dass die geplanten Maßnahmen für 2011/2012 eingeleitet worden und im Plan liegen zur Einhaltung des Sanierungskonzeptes.

Im Zuge der Detailplanung hätten sich einzelne Maßnahmen verändert, wie z. B. Wegfall oder Hinzukommen neuer erforderlicher Maßnahmen.

Frau **Hörenz** fragt, ob der Verkauf des Altgorbitzer Ring 5 und der Liliengasse 19 gestartet sei. Sie gehe davon aus, dass die Verkaufserlöse nicht zur Sanierung von jugendhilfflichen Einrichtungen genutzt werden. Weiteren stellt sie die Frage, ob Leerstände, z. B. Heinrich-Tessenow-Weg, durch den EB Kindertageseinrichtungen genutzt werden könnten.

Eingehend auf die Anfragen von Frau Hörenz erklärt Frau **Fritzs**, dass der Verkauf sowie die daraus entstehenden Erlöse in der Zuständigkeit des Liegenschaftsamtes liegen würden.

Zum Heinrich-Tessenow-Weg teilt sie mit, dass eine Erweiterung der nebenstehenden Schule erfolgen solle. Derzeit prüfe man noch, inwieweit dieses Gebäude mit einbezogen oder gegebenenfalls weggerissen werde.

Die Stadt Dresden sei Eigentümer des Grundstückes der Fischhausstraße, aber nicht von den Oberbauten, erklärt Frau Fritzs auf die Nachfrage von Herrn Schreiber. Diese gesamte Fläche sei in der Verwaltung vom Jugendamt.

Ergänzend schildert Herr **Lippmann**, dass die Zuständigkeit des Jugendamtes auf Grundlage der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zum Trägerschaftswechsel beruhe. Die Kläranlage würde Ende Januar 2012 in Betrieb genommen.

Herr **Stadtrat Kießling** erinnert an den Stadtratsbeschluss, welcher die Verwaltung beauftrage, ein Sanierungskonzept unabhängig von den Eigentümerschaften der entsprechenden Grundstücke zu erarbeiten. Er kritisiert die Verwaltung, da der Beschluss ignoriert wurde. Er bittet um Stellungnahme.

Die Umsetzung des Stadtrates sei unabdingbar, stellt Herr **Bürgermeister Seidel** heraus. Es mache jedoch erst mit einem neuen Jugendhilfeplan Sinn, sich den Gebäuden der freien Träger zu widmen.

Herr **Lippmann** erinnert an das jährlich praktizierte Parallelverfahren zum Stadtratsbeschluss für die freien Träger.

Frau **Fritzs** fügt hinzu, dass das Liegenschaftamt nicht befugt sei, über private Grundstücke und Gebäude zu urteilen. Es wäre Aufgabe des freien Trägers.

Der Stadtratsbeschluss gewährleiste nicht die Gleichbehandlung der freien Träger, stellt Herr **Stadtrat Kießling** klar. Die freien Träger würden sicher mit der Stadt über ihre Bedarfe kommunizieren.

Wie hoch werden die für die freien Träger beantragten Mittel zur Sanierung für 2013 sein?

Für die Stadt bestehe nicht die Pflicht, die Objekte der freien Träger zu fördern, betont Herr **Lippmann**. Dies sei eine rein freiwillige Leistung.

Im nächsten Jahr solle es jeweils 50.000 EUR für die freien Träger geben, äußert Frau **Lietzmann**. Dies reiche für eine Sanierung kaum aus.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt bzw. Diskussionsbeiträge eingebracht. Herr **Stadtrat Fischer** schließt den Tagesordnungspunkt.

6 Fachthema: "Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit"

Frau **Bühning** erläutert stellt anhand einer Präsentation die Leistungsart „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ in Dresden vor.

Die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit werde als Querschnittcharakter der Jugendberufshilfe eingebunden. Leistungsträger und Akteure im Rahmen der Jugendberufshilfe seien Jobcenter (SGB II), die Bundesagentur für Arbeit (SGB III, SGB IX), die Bildungsagentur (SchulG) und das Jugendamt (SGB VIII). Die Jugendsozialarbeit richte sich an die jungen Menschen mit sozialen Benachteiligungen und/oder individuellen Beeinträchtigungen, die deshalb in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen seien.

Über Projekte der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit binde sich die Jugendhilfe in die übergreifende Jugendberufshilfe ein und leiste hier einen eigenständigen, qualifizierten, anerkannten und unverzichtbaren Beitrag, führt Frau Bühning weiter aus. Die Projekte stellen jedoch keine arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen dar.

Zu den Besonderheiten der Projekte der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit im Vergleich mit den Maßnahmen und Projekten der Jugendberufshilfe der anderen Leistungsträger gehören z. B. die jugendhilfeplanerische Relevanz der Projekte, die Verpflichtung zur Absicherung sozialpädagogischer Hilfen nach § 13 Abs. 1 SGB VIII bei Vorliegen der entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen, der Nachrang der Projekte im Handlungsbereich "Beschäftigung und Qualifizierung junger Menschen nach § 13 Abs. 2 SGB VIII" gegenüber den Maßnahmen und Projekten der anderen Leistungsträger sowie die Finanzierung bzw. zumindest die Grundfinanzierung der Projekte durch die Jugendhilfe.

Des Weiteren sei die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit zugleich Handlungsfeld der Jugendsozialarbeit und Teil der Jugendberufshilfe und unterscheide sich deutlich vom Auftrag und vom Grundverständnis der anderen Leistungsträger innerhalb der übergreifenden Jugendberufshilfe, insbesondere vom Auftrag und vom Grundverständnis der Schule, der Arbeitsverwaltung und der Träger der Grundsicherung.

Diese Leistungsart, so Frau Bühning, unterstützt die arbeitslosen jungen Menschen in ihrer sozialen und beruflichen Integration. Es handle sich um Jugendliche, deren Chancen auf eine Berufsausbildung oder eine berufliche Tätigkeit durch schwierige Lebenssituationen oder fehlenden Schulabschluss deutlich gemindert seien. Dabei werden ihre individuellen Kompetenzen in fachlichen als auch in sozialen Bereichen verbessert.

Ein weiteres Ziel bestehe darin, den jungen Menschen die erforderlichen Schlüsselqualifikationen mit sozialpädagogischer Unterstützung zu vermitteln, sodass sie einen gelungenen Übergang in Ausbildung oder Arbeit realisieren können.

Im Folgenden benennt sie die Arbeitslosenzahlen der Personen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren. Im September 2011 waren es 3.159 Personen, im August 2011 3.690 Personen, im Juli 2011 3.535 Personen und im Dezember 2010 3.399 Personen.

Im Vergleich zum Dezember 2010 habe sich die Gesamtanzahl von Arbeitslosen um 3.305 Personen verringert.

Es gäbe keinen Automatismus aus rückläufigen Geburtenzahlen, rückläufiger Jugendarbeitslosigkeit und abnehmendem Handlungsbedarf für die Jugendsozialarbeit, konstatiert Frau Bühring. Von einem demographisch begründeten Rückgang des Bedarfs an Angeboten der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit könne man grundsätzlich nicht ausgehen.

Für die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit ergeben sich z. B. Abhängigkeiten von den Entwicklungen am Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt, von der Nachfrage nach Arbeitskraft, von der Zahl der Ausbildungsabbrecher, von der Anzahl junger Menschen ohne Schulabschlüsse bzw. mit unzureichenden Schulabschlüssen, von der Anzahl von schulvermeidenden jungen Menschen und von der Entwicklung der Migration. Anhand der Faktoren konstatiert Frau Bühring, dass die Zielgruppe der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit weiterhin geeignete Angebote benötigen. Diesen jungen Menschen bleibe jedoch aufgrund ihres erhöhten Förderbedarfes und ihrer Multiproblemlagen der Zugang zu den frei werdenden Arbeits- und Ausbildungsplätzen innerhalb der positiven Arbeitsmarktentwicklung verwehrt

Weiterführend legt sie dar, dass es 2007/2008 insgesamt 3.910 Schulabgänger/-innen gegeben habe, davon 313 ohne Abschluss. Von 3.403 Schüler/-innen im Schuljahr 2008/2009 waren 273 ohne Abschluss. 2009/2010 habe es 2.751 Schulabgänger/-innen gegeben und 222 blieben ohne Abschluss.

Frau Bühring gibt folgend einen Überblick über die derzeitige Angebotsstruktur in Dresden. Man unterteile die Angebote in die

- Integration in die Angebote nach § 11 SGB VIII (Berufsorientierung, -wegeplanung), die Jugendberatung
- Jugendberatung (Lehrlauf LHD (Koordinierung JW/QP –Plätze), Jobladen AWO gGmbH, Jobbörse AWO gGmbH, Kompass INT GmbH, KOPilot INT GmbH, Kontaktbüro SUFW e. V.)
- Jugendwerkstätten/Qualifizierungsprojekt (JW „Profil“ AWO gGmbH, JW „Neustart“ CJD e. V., JW „Spurwechsel“ bsw gGmbH, JW „mc mampf“ QAD mbH, QP „Projekt Vier Lebenswerkstatt 2011“ FFW DD e. V.

Zu allererst würden die Jugendwerkstätten bzw. Qualifizierungsprojekte beruflich und lebensplanerisch, noch orientierungslosen Jugendlichen einen strukturellen und zeitlichen Rahmen der Justierung und Reflexion des ressourcenorientierten Planens und Ausprobierens bieten. Sie leisten damit einen entscheidenden Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen, denen dies bislang aufgrund vielfältiger biografischer Gründe nicht gelang. Insgesamt stehen 107 Plätze zur Verfügung.

Die Jugendwerkstätten bzw. Qualifizierungsprojekte könnten wesentlich individueller auf die Bedürfnisse und Ausgangssituationen der TeilnehmerInnen eingehen, z. B. durch flexible Rahmenbedingungen (Arbeitszeiten, Aufgabengebiete), aber vor allem durch hohe (sozial-)pädagogische Betreuungszeiten, stellt Frau Bühring heraus. Vielseitige Profile im kaufmännischen, gastronomischen und handwerklichen Bereich sowie dem Bereich der neuen Medien bieten den Jugendlichen eine Auswahl von Betätigungsfeldern. Eine vorrangige Zielstellung sei eine authentische Arbeitsatmosphäre. Dies müsse arbeitsmarktorientiert und praxisnah gestaltet sein. Das Erlangen eines ökonomischen bzw. berufsalltäglichen Grundverständnisses werde fokussiert. Die jungen Menschen erfahren Selbstbestätigung und Anerkennung durch ihre eigene Arbeit.

Im Ergebnis sei zu sagen, dass in den Jugendwerkstätten und Qualifizierungsprojekt im Jahr 2010 49 % der Jugendlichen nach Beendigung der Maßnahmen positiv vermittelt wurden. In den Beratungsstellen und Kompetenzagenturen habe die Anzahl der sozialpädagogischen Beratungsgespräche in den Jahren 2007 bis 2010 gleichbleibend bei ca. 1.200 gelegen.

Abschließend gibt sie einen Überblick über die zukünftigen Themen in der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit in Dresden:

- Bestandserhalt der derzeitigen Platzkapazität für Jugendwerkstätten und Qualifizierungsprojekte
- praxisnahe Gestaltung der Arbeitsfelder mit sinnvollen, realistischen und ökonomischen Kreisläufen
- möglicher Rückgang der ESF Finanzierung -> Prüfung alternativer Fördermöglichkeiten
- Intensivierung Schnittstellenbetrachtung zu anderen Leistungsbereichen in der Jugendhilfe, sowie zu den Kooperationspartnern der JBH
- keine Weiterfinanzierung der Kompetenzagenturen durch die Landeshauptstadt Dresden
- Erhalt der weiteren Beratungsangebote → konzeptionelle Weiterentwicklung
- Erhalt der Niedrigschwelligkeit.

Herr **Stadtrat Fischer** dankt den umfangreichen Ausführungen und eröffnet die Diskussionsrunde.

Für Herrn **Stadtrat Kießling** sei die derzeitige Situation beim Jobcenter, insbesondere die mengenmäßige Aussage von Jugendlichen unter 25 in derzeitigen und zukünftigen Maßnahmen, von Interesse.

Hierzu führt Frau **Bühning** aus, dass im Vorfeld die zur heutigen Sitzung vorgestellte Präsentation mit dem Jobcenter abgestimmt wurde. Im Bereich der AGH-Maßnahmen werde es einen Rückgang der Mittel in den Kategorien A und B geben.

Den Bedarf von jugendhilflichen Maßnahmen in den Jugendwerkstätten (derzeit 107) sehe man auch in den Jahren 2012 und 2013. Bedarfe darüber hinaus könnten heute nicht benannt werden. Ihrer Ansicht nach bestehe auch die sozialpädagogische Begleitung weiterhin.

Für Herrn **Stadtrat Kießling** seien die Aussagen unzureichend. Er möchte wissen, ob die Jugendlichen wie bisher untergebracht werden könnten, auch unter Betrachtung der Instrumentenreform.

Eingehend auf die Anfragen von Herrn Stadtrat Kießling stellt Herr **Bürgermeister Seidel** klar, dass es auf Bundesseite momentan weder ein beschlossenes Gesetz zur Instrumentenreform noch eine endgültige Entscheidung über die Zuteilung der Eingliederungsmittel gäbe. Positiv könnte man jedoch erachten, dass klare Aussagen zur Priorisierung des Bereiches U 25 vorhanden seien.

Die bereitgestellten Mittel für Dresden würden ca. 20 Mio. EUR weniger als im letzten Jahr betragen.

Ergänzend wirft Herr **Lippmann** ein, dass Anzahl der freien Ausbildungsstellen deutlich die der Absolventen übersteige.

Er verweist auf die Dokumente der Jugendkonferenz vom September 2011 der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und dem Jugendamt.

Frau **Hörenz** hinterfragt, ob es auch eine prozentuale Umrechnung des Rückganges der Jugendarbeitslosigkeit gäbe. Weiterhin habe sie festgestellt, dass die Angebote der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit größtenteils nach der Schule stattfinden. Greifen diese auch während der Schulzeit? Abschließend möchte sie wissen, ob es auch Beratungen zu Firmengründungen gäbe.

In Beantwortung der Anfragen führt Frau **Bühning** aus, dass keine prozentuale Darstellung aufgezeigt werden könne. Die Angebote würden erst nach Beendigung der Schulpflicht lau-

fen. Eine Realisierung zu Firmengründungen wäre aufgrund der Lebenslagen der Jugendlichen eher schwierig.

Zu den Anfragen von Herrn Engel, ob es in den letzten Jahren eine Veränderung in der Anzahl der Jugendwerkstätten gegeben habe, teilt sie mit, dass es in den letzten zwei Jahren 137 Plätze gewesen seien. In den letzten Jahren sei der Bedarf zur Aktivierung des Arbeitskreises Jugendberufshilfe nicht vorhanden gewesen. Für Lösungsansätze zur erforderlichen Umstellung der Finanzierung habe man den Arbeitskreis nun wieder ins Leben gerufen.

Eine Auflistung der Schnittstellenbetrachtung werde nachgereicht.

Weitere Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht bzw. Anfragen gestellt. Herr **Stadtrat Fischer** schließt den Tagesordnungspunkt.

7 Berichte aus den Unterausschüssen

Herr **Stolte** berichtet, dass der nächste Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 21.11.2011 stattfindet.

Aus dem Unterausschuss Kindertagesbetreuung informiert Herr **Engel**, dass in der letzten Sitzung am 17.10.2011 das Fachthema Qualitätssicherung und -entwicklung in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege thematisiert wurde. Diese Unterlagen sollen an den Jugendhilfeausschuss weitergeleitet werden. Außerdem habe es einen Sachstand gegeben zur Kindertageseinrichtung Prellerstraße 6 - Anhörung Vorstand Schneckenhaus e. V.

Zur nächsten Beratung des Jugendhilfeausschuss solle die Terminierung für 2012 abgestimmt werden.

Der Unterausschuss Förderung tage zur Zeit nicht, teilt Frau **Hörenz** mit. Zu gegebener Zeit werde die Vorlage „Verwaltungsvorschrift zur Ermessensbindung“ beraten.

Weiteren Informationsbedarf gibt es nicht, Herr **Stadtrat Fischer** schließt den Tagesordnungspunkt.

Die Herstellung der Nichtöffentlichkeit ist nicht notwendig. Er schließt die Sitzung des Gremiums um 19:45 Uhr.

5. Dezember 2011

Franz-Josef Fischer
Vorsitzender

Sindy Gebhardt
Schriftführerin

Stefan Zinkler
Stadtrat

Jens-Uwe Zastrow
Stadtrat